



Aus dem Stadtgebiet

23. Februar 1933

Große Deutsche Bäckerei-Ausstellung kommt nach Breslau

Breslau wird in diesem Jahre wiederum drei große Ausstellungen zu sehen bekommen. Neben der Ausstellung „Seim und Mode“, dem Landwirtschaftlichen Maschinenmarkt wird vor allen Dingen die Große Deutsche Bäckerei-Ausstellung große Beachtung finden.

Die Große Deutsche Bäckereiausstellung wird in der Zeit vom 5. bis 13. August d. J. in Breslau stattfinden. Rechtliche und finanzielle Träger der Ausstellung sind die Bäckerei in Breslau und der Bäder-Innungs-Verband Schlessen, welche die Ausstellung im Auftrag des Zentralverbandes deutscher Bäckereien „Germania“ durchführen. Dieser Fachverband ist die Spitzenorganisation des gesamten deutschen Bäckereihandwerks mit rund 1500 Innungen und über 90 000 Mitgliedern, er ist gegliedert in Zweigverbände, unter denen der Bäder-Innungs-Verband Schlessen mit 6100 Mitgliedern in 122 Innungen, an der Spitze die Bäckerei Breslau, einer der bedeutendsten ist. Die Leiter der Ausstellung sind die Ehren-Vorstandsmitglieder Stadtrat Becker, Bäckerei-Obermeister Stadtrat Voile, Direktor Wolf von der Messegesellschaft. Die Ausstellung findet statt unter dem Leitfaden: „Das Bäckereihandwerk im Dienste der Volksernährung.“ In diesem Motto ist das Bäckereihandwerk sehr berechtigt, weil 92 Prozent der gesamten Brotproduktion in handwerklichen Bäckereien hergestellt und von den vorhandenen Bäckereiarbeitern 98 Prozent in Handwerksbetrieben beschäftigt werden.

Die Ausstellung wird in verschiedene Abteilungen gegliedert werden. Die Abteilung Rohstoffe enthält eine gewerbliche und wissenschaftliche Gruppe. Im gewerblichen Teil sind alle einschlägigen Firmen vertreten, welche die in Bäckereien benötigten Haupt- und Nebenprodukte herstellen bzw. liefern. Die wissenschaftliche Gruppe, unter Mitarbeit des staatlichen Bäckerei- und Mäcker-Instituts Berlin, der Landwirtschaftskammer Breslau und der Schlessischen Mäckervereinsung, wird den Wertehang des Saatforns über das Mehl zur fertigen Backware und alle damit verbundenen Vorgänge zeigen. In einer anderen Abteilung werden die Backöfen der verschiedensten Systeme, Bäckereimaschinen und Geräte aller Art ausgestellt. Großes Interesse werden die Mäckerbetriebe und die Bäckereifabrikanten finden, in denen die hygienische Herstellung der Backwaren und deren Verkauf gezeigt wird. Weitere Abteilungen enthalten alle Gegenstände der Bäckereierüstungen, die Transportmittel und die Berufskleidung. Die Wissenschaft kommt neben der Abteilung für Rohstoffe noch in den Abteilungen für Kulturgeschichte, für technische Gewerbeberatung, für Berufsschulwesen, für gewerbliche und soziale Versicherungen zu ihrem Recht.

Freidenker aufgemerkt

Genosse Karl Bietlich erucht uns, folgende Notiz zu bringen, die im Freidenkerwahlkampf von Bedeutung ist.

Die veräinlichen SAler, KPDisten und KPDdeutschen verteilten fleißig Flugblätter und sammelten Unterschriften gegen das Verbotssystem, das jetzt im DWB eingeführt wird. Im Kampf werden sie recht unaufrichtige Mittel an, da sie objektive Unwahrheiten verbreiten.

Ich erkläre hierzu: 1. Der Hauptvorstand wollte schon 1932 am Kartelltag mit der Vorstandswahl das Verbotssystem einführen. Ich war dagegen, weil ich mich der Hoffnung hingab, daß der Spaltertag in einem Jahre vorbei sei. Ich habe diesen Optimismus schwer büßen müssen, da einige Unentwegte mir die Berufsstellung zur Strafarbeit gestifteten.

2. Meine Absicht war, die von dem früheren Vorstand eingerichteten Abteilungen zu Stadigruppen auszubauen, mit den gleichen Rechten einer Ortsgruppe. Die Schaffung des entsprechenden Ortsstatus hatte sich verzögert. Bei einigermaßen gutem Willen hätte eine Verständigung in Abteilungsverfammlungen erzielt werden können. Die Abteilungsleiter haben auch gegen diese Gedanken, die sich die gesamte Ortsverwaltung zu eigen gemacht hatte, nichts einzuwenden gehabt. Erst später hagelte es Proteste, die von anderen Funktionären veranlaßt waren. Das die Abteilungsleiter, die der SA nahe stehen, diese Orreigen einleiteten, ist allerdings ihre Privatsache.

3. Die noch im Amt befindliche Ortsverwaltung denkt gar nicht daran, die Verfammlung der Ortsgruppe auf die hundert Vertreter zu beschränken. Nach wie vor werden Verfammlung für alle Mitglieder stattfinden. Um aber die Theaterpieler, die nächstens noch gegen sich selber protestieren werden, von einer verbandsfähigenden Obstruktion abzuhalten, müssen wir jetzt und für die nächste Zukunft die Vertreter amlieren lassen.

Meine Freunde und Genossen bitte ich völlig unbefangt für die „Verbandstreue“ zu agitieren. Sorgt für gute Beleuchtung, bleibe keiner zu Hause! Nur wenn alle Mitglieder zur Wahl gehen, kann die Entscheidung als klarer Willensentscheid gemerkt werden. Wer am Sonntag von 10-17 Uhr keine Zeit hat, gehe am Freitag, den 24. Februar 1933 von 17 bis 21 Uhr nach dem Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses und wähle dort

„Verbandstreue“!

Nomen et omen

H. Stiehemesser hat einen sehr kessigen Namen. Dieses lateinische Wort, das ins Deutsche übertragen Name und zugleich Vorbedeutung heißt, kommt einem in den Sinn, wenn man das riesige Plakat der NSD. liest, mit dem fünf Wapen-Verfammlungen angekündigt werden. Neben den diversen heimatischen Größen, mit den klangvollen Titeln „Gau-Vertriebsstellenleiter“ und den diversen Unter- und Oberabteilungen wird als Redner auch der Kreisbetriebsstellenleiter Stiehemesser aus Neumittelwalde angekündigt.

Parteisogenes Stiehemesser, ist dieser Name nicht tatsächlich zugleich ein Programm? Gewiß kann H. Stiehemesser nicht dafür, daß er so heißt, aber es ist andererseits auch nicht zu ändern, daß mancher Leser des Plakats gerade bei diesem Namen verblüffend mit dem Kopfe nickt und Bemerkungen über die programmatische Deutung dieses Neumittelwalder Führernamens macht.

Nebenbei gesagt, haben diese Plakate für die fünf Verfammlung in den teilweise kleinsten Gauen Breslaus ein Ausmaß von 2,16 Quadratmetern oder vier Bogen. Wir haben uns schon immer ged, daß etwa Götzen wie der Fürstengarten in Götzen über von Götzen in Götzen zu Verfammlung der NSD. überhaupt nur ausgerufen werden können, wenn man sie Götzen einen Bogen Plakatflächen Kellern macht.

Der neue Breslauer Stadthaushaltsplan

Steuern und Gebühren bleiben die gleichen — Ueberschüßbetriebe günstiger als im Vorjahre — 62,6 Millionen für die Wohlfahrtspflege — 71 Prozent des Gesamtzuschußbedarfes Rückgang der reinen Verwaltungsausgaben gegenüber 1930 um rund ein Drittel

Der Magistrat hat dieser Tage die Beratungen über den Stadthaushaltsplan für 1933 mit dessen vorläufiger Festlegung beendet und zugleich beschlossen, die

Steuern und Gebühren

in gleicher Höhe zu erheben, wie im Rechnungsjahre 1932. Die etatsmäßig feststellbaren Einnahmen belaufen sich auf rund 79,0 Millionen Mark (gegen rund 92,0 Millionen Mark im Rechnungsjahre 1932). Von den Ausgaben wird weiter unten zu sprechen sein.

Wie nicht anders zu erwarten, steht der Haushaltsplan für 1933, wie seine Vorgänger in den letzten Jahren, im Zeichen des verminderten Steueraufkommens, der gegen frühere Jahre gleichfalls verringerten Einnahmen aus den Ueberschüßbetrieben und der weiter sehr beträchtlich ansteigenden Wohlfahrtslasten. Die Einnahmen aus Steuern sind von rund 57,7 Millionen Mark im Rechnungsjahre 1930 und immerhin noch rund 44,6 Millionen Mark im Rechnungsjahre 1932 auf rund 40,5 Millionen, mithin um rund 30 Prozent gegenüber 1930 gesunken.

Die Ueberschüßbetriebe

(Gaswerke, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahn und Viehhoi) jährlich zwar mit rund 4,3 Millionen Mark um rund 6,2 Millionen Mark besser ab als im Rechnungsjahre 1932, gegenüber dem Rechnungsjahre 1930 aber ergibt sich ein Weniger von rund 10 Millionen Mark. Der Rückgang gegen 1930 beruht insbesondere auf der durch die zunehmende Verarmung der Bevölkerung verursachten starken Verminderung des Abjages der Erzeugnisse der Betriebswerke. Der Abschnitt

„Wohlfahrtspflege“

der im Rechnungsjahre 1930 mit einem Zuschußbedarf von rund 44,6 Millionen Mark und 1932 mit einem solchen von rund 54,2 Millionen Mark im Haushaltsplan erscheint, erfordert für das Rechnungsjahr 1933 einen Zuschuß von rund 62,6 Millionen Mark, von dem allein rund 43,9 Millionen Mark auf die Erwerbslosenfürsorge entfallen. Von diesem Gesamtbetrage (62,6 Millionen Mark) vermag die Stadt nur 17,4 Millionen Mark zu decken; der überschüssige Betrag von 45,2 Millionen Mark hat, wie in den vergangenen Jahren, in den Hauptausgaben unter der Bezeichnung „Erfstattungen in der Wohlfahrtspflege“ eingestellt werden müssen.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhange, daß auf den Zuschußbedarf des Abschnittes „Wohlfahrtspflege“ rund 71 Prozent des Gesamtzuschußbedarfes des Stadthaushaltes für 1933 (rund 88,1 Millionen Mark) entfallen.

Weiter ist erwähnenswert, daß von allen deutschen Städten mit über 500 000 Einwohnern Breslau nach der Zahl der vom Arbeitsamt anerkannten Wohlfahrtsverwerbslosen an zweiter Stelle steht. Nach dem monatlichen Schnelldienst des Deutschen Städtetages wurde innerhalb dieser Städtegruppe am 31. Dezember 1932

auf je 1000 Einwohner in Dortmund 83,9, in Breslau 76,3, in Frankfurt a. M. 52,0, in Düsseldorf 50,0, in Steffin 49,1, in Köln 42,6 und in Königsberg 40,4 anerkannte Wohlfahrtsverwerbslose gezählt. Es haben sich demnach, wie ja in der Deutlichkeit bereits hinlänglich bekannt, die Verhältnisse in Breslau sehr viel ungünstiger entwickelt, als in allen vergleichbaren deutschen Großstädten, mit Ausnahme von Dortmund, und es ist daher auch nicht zu verwundern, daß selbst bei äußerster Sparjamkeit sich ein Ausgleich im Stadthaushalt nicht hat bewerkstelligen lassen. Hierzu noch einige weitere Zahlen:

Die Gesamtausgaben im Bruttohaushalt

Der Stadt Breslau für das Rechnungsjahr 1933 betragen 124,2 Millionen Mark (gegenüber rund 136 Millionen Mark im Rechnungsjahre 1932). Seit man die Ausgaben für die wirtschaftliche Fürsorge und die Erwerbslosenfürsorge ab, so ergeben sich folgende Ausgaben für alle übrigen Verwaltungen: nach dem Haushaltsplan für 1930 rund 103,5 Millionen Mark, nach dem Haushaltsplan für 1931 rund 88,8 Millionen Mark, nach dem Haushaltsplan für 1932 rund 75,7 Millionen Mark, nach dem Haushaltsplan für 1933 rund 71,4 Millionen Mark. Es liegt mithin für 1933 ein Rückgang um rund 6 Prozent gegenüber 1930 um rund 31 Prozent vor. Die Gesamtausgaben des Verrechnungshaushaltes

„Besoldungen“

(umfassend die Gehälter für Beamte und Angestellte und die Löhne der der Rathausinspektoren unterstellten Kräfte) haben sich — bei Zurechnung der Personalausgaben der Städtischen Sparkasse, der Städtischen Bank und der Feuerversicherungs-Anstalt — mit 18,3 Millionen Mark gegen den Plan 1932 um 0,5 Millionen Mark, gegen den Plan 1930 um 0,9 Millionen Mark, das heißt also um rund 27 Prozent verringert.

Bei der Bauverwaltung betragen die planmäßigen Ausgaben für 1930 rund 5,3 Millionen Mark, für 1932 rund 4,1 Millionen Mark, für 1933 3,9 Millionen Mark. Gegenüber 1930 ist mithin ein Rückgang von rund 1,4 Millionen Mark, das sind rund 26 Prozent eingetreten.

Bei den Schulen

ist der Gesamtzuschuß für 1933 mit rund 8,5 Millionen Mark um rund 0,7 Millionen Mark geringer als im Rechnungsjahre 1932 und um rund 5,7 Millionen Mark geringer als im Rechnungsjahre 1930. Die Verminderung um rund 40 Prozent gegenüber 1930 ist hier besonders erheblich; sie ist insbesondere verursacht durch die Kürzung der persönlichen Ausgaben und die Einsparung von Lehrstellen.

Es handelt sich vorstehend um einen Bericht des Magistrats. Wir können zu dem neuen Etat erst Stellung nehmen, sobald er den Stadtverordneten und der Presse gedruckt vorliegen wird.

Brüning an seine Nachfolger

Abrechnung mit den Verleumdern und Versprechern

Als der frühere Reichkanzler Brüning kurz vor den Novemberwahlen in der Jahrhunderthalle vor seine Breslauer Anhängertruppe trat, da requete er mit dem damaligen System Papen gründlich ab, enthielt sich aber jeder Stellungnahme gegen die Nazis, denn damals verstanden die Unterhändler des Zentrums und der Nazis noch hin und her.

Gestern abend sprach Brüning wieder in Breslau vor vielen Tausenden seiner begeistertsten Anhänger, allerdings mit dem Unterschied, daß er diesmal etwas deutlicher aus der Reihe heraustrat, da er ja von den gegenwärtigen Nachhabern genau so in das Register der „Novemberverbrecher“ eingereiht worden ist, wie die Staatsmänner der Sozialdemokratie. Er erinnerte daran, daß seine Partei sich in allen Situationen zur Mitübernahme der Verantwortung zur Verfügung gestellt hat und

Wählerlisten e.sehen!



Es ist Pflicht, daß sich jeder Wähler und jede Wählerin bis kommenden Sonntag, den 26. Februar durch Einsichten der Wählerliste überzeugt, daß sein Wahlrecht für den 5. März gesichert ist. Wer auch Gemeindevorsteher ist, muß überdies darauf achten, daß sein Name in der Liste nicht rot unterstrichen ist! Die Auslegungsgesetze sind aus den öffentlichen Anschlägen zu ersehen.

dabei Döber forderte, die die eigenen Anhänger genau so trafen, wie alle anderen Volksgenossen. Zu der letzten Entwicklung wies Brüning darauf hin, daß die Fragen des Zentrums an die Regierung selbst für politische Anhänger sehr einfach zu beantworten gewesen wären. Es kann doch unmöglich schwer sein, die Frage: Gebt ihr im Rahmen der Verfassung zu arbeiten?, zu beantworten, wenn sie an Minister gestellt wird, an dem gleichen Tage, da sie die Verfassung beschworen haben. Die Ankündigung der Bierabzesspläne habe manchen Mühselig gemacht. Gar mancher werde jagen, einmal etwas von einer Partei gehört zu haben, die da versprach, sie würde innerhalb 24 Stunden alles ändern, wenn sie nur erst einmal an die Macht gekommen sein würde. Einen Programmpunkt, nämlich den so oft verheißenen Kampf gegen die Parteibuchbeamten habe man bereits schmählich im Stich gelassen.

In zwei Jahren und zwei Monaten habe die Regierung Brüning nicht jodiel Überjungen und Ernennungen vorgenommen, wie jetzt an einem Morgen gefordert werden. Die Ernennungen von Parlamentariern zu Staatssekretären hätten selbst die Nazis schon im Jahre 1929 als unzulässige Handhabung erkannt. Die Beschäftigung unbesetzter Kommissare, die nicht vereidigt werden und auch der Disziplinargewalt nicht unterstehen, ist eine der größten Gefahren für das Berufsbeamtentum. Wie sich die letzten Erlasse zum Beispiel an die Polizei auswirken, hat Kretschfeld gezeigt, wo deutsche Volksgenossen und sogar ein Minister, der dem Reichspräsidenten treu gebietet hat, unter den Augen der Polizei misshandelt werden konnten. So etwas hat es bisher in einem zivilisierten Staat noch nicht gegeben. Wer anfängt, es mit der Verfassung und dem Recht nicht peinlich genau zu nehmen, der möge sich gelast sein lassen, daß die Früchte einer solchen Politik von denen geerntet werden, gegen die man die Experimente vornimmt. Man möge sich auch bald darüber klar werden, daß man eine Bewegung wie die KPD, mit der Staatsgewalt allein nicht zu überwinden vermag.

Radfahrer auf den Bürgersteig geschleudert

In der Schweidnitzer Straße wurde gestern mittags ein Radfahrer von einem hinter ihm kommenden Auto so heftig angefahren, daß er bis in die Mitte des Bürgersteiges geschleudert wurde und den Klempner K. aus der Neuborstraße, der gerade vorbeiging, umfiel. K. mußte mit inneren Verletzungen zu einem Arzt geführt werden.

Nazi aus der Haft entlassen

Wegen der Lächerlichkeit des Mordes an dem Studenten Steinfeld befreiten sich die beiden Nazis, der NSD-Geselle Max Spreu und der Bäder-Helmut Knappe in Haft. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt den Haftbefehl gegen Spreu aufgehoben, weil angeblich ein dringender Tatverdacht gegen ihn nicht vorliegt. Knappe bleibt weiter in Haft.

Erwerbslosenbüro

Seit Montag ist der 27-jährige Arbeiter Willi K. an der letzten Wohnung in der Straße 4 verhaftet. Der Verhaftete, der lange arbeitslos ist, hat in einem juristischen Briefe seine Verhaftung angeklagt.

1000 RM. Belohnung!

wer uns nachweisen kann:

daß die Regierung v. Papen, Hugenberg, Hitler

den kleinen Gewerbetreibenden, Handwerkern, kleinen Landwirten, Arbeitern dieselbe Unterstützung zuteil werden läßt, wie sie durch die Dsthilfe den Großgrundbesitzern zugeflossen ist.

daß den Arbeitern, Angestellten, Beamten wieder solche Löhne, Gehälter und den Arbeitslosen solche Unterstützungen gezahlt werden wie unter der Regierung Hermann Müller.

daß den Generälen, hohen Offizieren die Pensionen und den Direktoren die Gehälter herabgesetzt werden.

daß dafür den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Renten erhöht werden.

daß die Höchstgehälter 12000 und die Höchstpensionen 6000 Reichsmark betragen (wie es die Sozialdemokratie gefordert hat, aber von der Reichstagsmehrheit mit den Nazis abgelehnt ist).

daß der Großgrundbesitz enteignet wird, Siedlungen geschaffen, der Pachtpreis herabgesetzt, die Zinsen abgeschafft und der „nationale Sozialismus“ da ist!

daß alle Großbesitzer, Aktionäre, Großindustrielle und abgefundenen Fürsten ihre richtigen Steuern bezahlen.

daß diejenigen, die jetzt großmütig auf ihr Gehalt verzichten, nur Brot essen und Wasser trinken, nur wie ein Erwerbsloser leben.

Das Geheimnis des Filmstars!

Wieder einmal fuhr ich in die bayerischen Alpen, die ich liebte, und die mir, der Malerin, soviel Möglichkeiten zur Betätigung gaben.

Eines Tages hatte ich meine Staffelei auf einer Alm aufgeschlagen und malte ganz in meine Arbeit vertieft. Da fühlte ich, wie jemand mich über die Schulter hinweg beobachtete. „Würden Sie mir wohl dies schöne Bild verkaufen?“ fragte eine angenehme Damenstimme.

Ich drehte mich um, sah eine schöne Frau und, da ich einverstanden war, einigten wir uns schnell über den Preis. Denn, im Laufe der Unterhaltung, fragte sie mich, ob ich nicht auch einmal ihr Landhaus malen möchte, das im Saßlammertal liegt. Sie biete es mir solange zum Kauf an.

Mit Freuden sagte ich zu und fragte nach ihrem Namen, den ich bei der flüchtigen Vorstellung nur unklar verstanden hatte. Wie? Der berühmte Filmstar? Na, da habe ich ja heute ganz

besonderes Glück gehabt! Sie kam mir ja gleich etwas bekannt vor. Aber sie sah im Leben noch schöner aus als auf der Leinwand.

Unvergessliche Tage verbrachte ich in dem herrlich gelegenen Landhaus der Dina. Wir verstanden uns ausgezeichnet, plauderten über alle möglichen Dinge, und so kam es, daß ich sie einmal fragte, wie sie es fertig bräute, trotz ihrer vierjährigen anstrengenden Tätigkeit, so lange jung und schön zu bleiben. Da lächelte meine schöne Gastgeberin und führte mich an ihren Toiletentisch. „Sehen Sie, meine Liebe“, sagte sie zu mir, „das ist das ganze Geheimnis“. Und sie zeigte mir eine Dose mit der Aufschrift: „Marplan-Creme“. „Wiesel verdanke ich und viele andere dieser köstlichen Creme“, sagte die Dina. „Kälte und Hautunreinheiten kenne ich nicht mehr, seit ich sie verwende, und die Jahre gehen spurlos an mir vorüber.“

Die schöne Dina überreichte mir dann ein Bäcklein mit dem Titel „Das Geheimnis jung zu bleiben“ und rief mir bringend, es zu lesen. Das tat ich noch am selben Tage und nun wurde mir klar, weshalb Marplan-Creme den Teint so pflegt und ver-

jüngt, daß mehr als 26.000 Damen und Herren dem Marplan-Betrieb schriftlich ihre Zufriedenheit aussprachen. Die Zahl der Briefe ist notariell beglaubigt.

Nun beschaffte ich mir sofort die Marplan-Creme, und in wenigen Wochen hatte sich mein etwas vernachlässigtes Gesicht merklich gebessert. Jeder kann sich das kostenlos zur Erprobung gelangende Bäcklein, das ich von dem Filmstar, erhielt, beschaffen. Man bekommt es völlig kostenlos und portofrei und dazu eine Probe der helfenden Marplan-Creme. Schreiben Sie an den erscheinenden Gratisbezugsschein aus, legen Sie ihn in einen offenen Briefumschlag, schreiben Sie auf die Rückseite Ihre genaue Adresse, und legen Sie auf den Umschlag eine 4 Pf. Marke.

Gratisbezugsschein: In den Marplan-Betrieb, Postfach 10, Friedrichstraße 24, senden Sie mit bitte halbes Pfundes und portofrei eine Probe Marplan-Creme und das kostenlose Schönheitsbäcklein mit Abbildungen.

Unter Freunden . . .

Vapen und Eugenberg im Nazi-Strohfeuer - Geduldiges Papier Jahrgang 1932

Wer sich den Spott gemacht hat, im vergangenen Jahre die Flugblätter der NSDAP zu den Wahlen vom 31. Juli und 8. November zu sammeln, kann jetzt die herrlichsten Entdeckungen machen.

Schon eine Artikelüberschrift aus dem vom 10. Juli 1932 datierten Wahl-Flugblatt „Deutschland erwache!“ reißt Herrn von Vapen als Mitglied der „fluchwürdigen“ Kette „marxistischer Nachhahler“ ein: „Von Scheidemann bis Vapen: 14 Jahre Epitaph“ überschreibt Hans Sintel, Nazi-M.D.R., seine Ausführungen, in denen er erklärt, daß „wir diesem Kabinett — mit dem wir Nationalsozialisten nichts, aber auch gar nichts zu tun haben — schließlich den härtesten Kampf anlagen müssen“. Zwei Seiten weiter geht es gegen Eugenberg und seine Partei unter der Überschrift: „Fort mit den deutschnationalen Systemstücken“ los, als „Ag. Kubes Abrechnung mit der Reaktion“: „Herr Eugenberg in einer Selbstgefälligkeit“ wird unter die Lupe genommen, seine Ausführungen auf dem Deutschen Reichsführertag werden während wiederholt: „Er, Eugenberg, halte den Nationalsozialismus für ebenso gefährlich für Deutschland wie den Marxismus, da die Gefahr bestehe, daß sich die NSDAP, in einem . . . Sinne entwickle, der die deutsche nationale Volkspartei in einen annähernd gleichscharen Gegenstück zum Nationalsozialismus bringen müsse wie gegenüber den Marxisten . . . Eugenberg“ so heißt es weiter, „dann das Scheitern seiner Pläne von Harzburg nicht vermeiden. Damals glaubte er noch, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus seinen Zielen unterordnen zu können, ein Traum, der ihm zerstückt ward. Darum mußte der deutschnationalen Parteiführer im Gefühl seiner Ohnmacht . . . in so maßloser Form die deutsche Freiheitsbewegung angriffen . . . Nationalsozialismus und Reaktion sind schärfste Gegensätze, während die Begriffe Reaktion und Deutschnational durchaus nichts Meilenstreiches haben . . . Unter „radikal“ geht und gilt nicht nur der Dams Republik, Herr Dr. Eugenberg, wir legen auch Schach dem König, wenn Deutschland und Deutschlands Freiheit das verlangen.“

Der „Marxismus“ Vapen, Herr v. Vapen, kam in den verflochtenen Wahlkämpfen der NSDAP noch weit schlechter weg. In einem Sonderdruck des Berliner Nazi-Blattes vom Oktober 1932 wird über eine Hamburger Rede des Hg. Goebbels berichtet, die „vom ersten bis zum letzten Satz eine vernichtende Abrechnung mit den Volksfeinden, eine schonungslose Auseinandersetzung mit der Reaktion, dem Herrenklub, der DVP und dem Marxismus“ war. Also Gleiches mit Gleichem vergolten — die Harzburger amüsierten sich damit, sich gegenseitig mit dem schwarzen Mann „Marxismus“ in einen Topf zu werfen. Die Herrenklubliquen schmeinen zu glauben, so sitzt der Flugblatt aus der Goebbelsrede, „daß das Volk an uns genau so schuldig handeln würde, wie sie an uns gehandelt haben.“ Im gleichen Blatt kriegt Vapen noch eins aufs Dach: „Vapen hat sich unjähig bis ermiesen, diesem Zusammenbruch ein Ende zu machen, er muß daher unverzüglich verschwinden.“ (Sperungen im Original.)

Recht unliebenswürdig behandelt ein anderes „Angriff“-Flugblatt, gleichfalls vom Oktober 1932, Herrn v. Vapen als Feind des Handwerks. „Wer die Not des einfachen, christlichen Handwerkers kennt, der heute nach jahrelangem, ungleichem Kampf gerade gegen das Großkapital und die diesem verbundenen Mächte um Vapen vielfach so weit gekommen ist, daß er in seiner Verzweiflung zum Strid greift, der konnte mit Widerwillen mit ansehen, wie hier“ — nämlich auf der Versammlung mächtiger Handwerker, auf der Vapen sprach — „wieder einmal mit den übelsten Mitteln „Stimmung“ gemacht wurde . . . Auch hier zeigt es sich wieder, daß sich alle abgehalteten Größen um Vapen scharen, der die einzige Chance für ihre Restauration ist.“ Diese „Größen“ müssen sich in den gleichen Zeilen „parlamentarische Rumpeln“ nennen lassen, und Herr von Vapen wird beschimpft, er regiere „im luftleeren Raum“ und treibe „Verzweiflungspolitik“.

Und Adolf Hitler seine Worte aufrecht, die er Herrn v. Vapen vor der Novemberwahl schriftlich gegeben hat: „Ich halte, Herr Reichsminister, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für im höchsten Maße verderblich für Deutschland.“ Und wie steht es mit der Erfüllung des Versprechens, das der „Munifizerte Beobachter“ die und fertgedruckt in die Welt geschleudert hat: „Das verhängnisvolle Vapendiktat verhalten allein die Nationalsozialisten?“ Willst du deinen Feind unschuldig machen, so bilde mit ihm zusammen ein Kabinett, könnte man daraus folgern.

Eins der schönsten Charakterbilder Vapens entwarf ein zur gleichen Zeit erschienenes Nazi-Flugblatt unter der Überschrift: „Herr von Vapen als dienendes Werkzeug einer von Gott gegebenen Staatsordnung.“ Es heißt es: „Vapen will die Löhne und Gehälter der arbeitenden Schichten so weit herabdrücken, daß überhaupt keine Möglichkeit zum Leben für fast alle

deutschen Familien mehr besteht. Herr von Vapen findet hierfür die Zustimmung aller Ausbeuter und ruft den Widerstand der Ausgebeuteten auf den Plan. Ausbeuter und seine Kavaliere betonen hochzerfreut, daß nun endlich ein Mann der Tat in Deutschland Politik macht, und glauben die Zeit bald gekommen, in der sie Millionen ehrbarer Arbeitsmänner wieder wie „Knechte“ im wahren Sinne des Wortes behandeln können. Viele reaktionäre Minderheit hat ihre Sünden aus früherer Zeit noch längst nicht gelöhnt. Sie schied sich an, neue, ähnliche zu begehen. Den schaffenden Ständen, Arbeitern, Angestellten, Bauern und Mittelständlern, ist das Unrecht, das man ihnen antut, noch nicht in Vergessenheit geraten. Hinter verschlossenen Türen, in den vornehmen Räumen des „Herrenklubs“ schmieden diese „Standesherrn“ ihre neuen Pläne . . . Vapen ist dreist genug, sich als „dienendes Werkzeug einer von Gott gegebenen Staatsordnung“ zu bezeichnen, getreu seiner konservativen Gesinnung.

Es ist der grenzenlose Dünkel einer hundert Jahre alten Staatenaufassung . . . Es ist nichts anderes als Gotteslästerung, wenn Vapen Gott zum Kronzeugen einer Staatsgesinnung anrufen will, die dem Volk sein Lebensrecht vorenthält. In den Reihen des Herrenklubs spricht man von Justiz und Ordnung an Stelle der „Jugellostigkeit der Massen“. Jugellos nennen sie es, wenn sich das Volk seinen Staat selbst formen und gegen den Hunger und die Ausbeuter eine geschlossene Front schaffen will . . . Herr von Vapen hat sich bereit gefunden, eine alte Forderung liberalistischer und verantwortungsloser Unternehmer zu erfüllen, indem er die Tarifverträge, wie es so schön heißt, „auflockern“ will. Das bedeutet praktisch: Die Brechung des Tarifrechts! Den profitgierigen Unternehmern dagegen wird das Recht eingeräumt, Löhne und Gehälter auf das Existenzminimum zu setzen. Was für ein Existenzminimum? Es kann nur das eines chinesischen Kulis sein! . . . Herr von Vapen hat keine stoffliche Ahnung, wie es in Millionen Arbeiterfamilien auslieht. Er ruiniert die Wirtschaft, verelendet das Volk . . . Um einer solchen Entwicklung wirksam entgegenzutreten, fordern die Nationalsozialisten die Verstaatlichung der Banken und Börsen . . . Herr von Vapen und all seine Hintermänner . . . lehnen auch diese unsere Forderung ab . . . In Herrn von Vapen . . . muß man den Regberiter für die Herrschaft der „Standesherrn“ des Verklammerungsrechtes sehen . . .

Gefährlicher „Silbersee“

In Magdeburg haben mehrere nationalsozialistische Verbände Einspruch erhoben gegen das Drama „Silbersee“ Georg Kaisers, das bei der Uraufführung in der Vaterstadt des Dichters — Kaiser stammt aus Magdeburg — einen starken künstlerischen Erfolg hatte.

Mord?

In der Nähe des Bahnhofes von Rauen (Märk) fanden Eisenbahnbeamte den Leichnam eines 20 Jahre alten Wismarsers aus Rudoltau (Oberhavel). Der Tote ist allem Anschein nach im Berlin-Hamburger Schnellzug überfallen, niedergeschossen und aus dem Zuge geworfen worden.

Verurteilter Devilschleber

Das Schnellschöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kohlengroßhändler Paul Hamburger wegen Devilschlebergehen zu einem Jahre, vier Monaten Gefängnis und 31 000 Mark Geldstrafe. Hamburger hat sich durch Täuschung der Behörden die Genehmigung zur Einfuhr von 3. G. Farben-Aktien im Werte von 715 000 Mark erschlichen und dann die Effekten nach Abzug seines Verdienstes in Höhe von 30 000 Mark wieder ins Ausland verschoben. Der Angeklagte war geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn zwei Jahre Gefängnis und 150 000 Mark Geldstrafe.

Wanderraktien

Das Bochumer Schöffengericht verurteilte fünf holländische Kaufleute aus Utrecht und Haarlem wegen Vergehens gegen die Devilschleberordnung zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu drei Monaten und zu Geldstrafen von 38 000, 24 000, 16 000, 6 000 bzw. 8 000 Mark. Die Verurteilten hatten deutsche Effekten, insbesondere 3. G. Farben-Aktien, in Holland aufgekauft, mit Gewinn in Deutschland verkauft und den Erlös wieder nach Holland geschafft. Sie wurden im November vorigen Jahres in Bochum verhaftet, als sie 74 000 Mark Beute unter sich verteilten.

Hübsches Alter

In einem ostpreussischen staatlichen Kernsteinwerk wurde in einem Bernsteinstück ein Fisch gefunden, dessen Alter die Fachleute auf etwa fünf Millionen Jahre einschätzen.

Auffiehererregende Verhaftung in Leipzig

Großes Aufsehen erregt in Leipzig die Verhaftung des Präsidenten des Interessenverbandes der Kraftfahrer und Sachverständigen für das Kraftfahrwesen am Landgericht in Leipzig Eugen Lauber. Lauber wurde wegen Meineides, Konkursvergehens und anderer Verbrechen ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Verurteilter Rassenraub

Am Dienstag morgen drang ein junger Mann in den Kassenraum der Steglitzer Filiale der Berliner Städtischen Sparkasse ein, zog eine Pistole und rief den anwesenden Beamten zu: „Hände hoch Geld heraus!“ Als der junge Mann die auf dem Kassenfach liegende Geldkassette zu entnehmen versuchte, gelang es einem Stadtbankassistenten, den Räuber von hinten zu überraschen, zu Boden zu werfen und ihm die Pistole zu entreißen. Polizeibeamte verhafteten dann den Verbrecher und identifizierten ihn als einen achtzehn Jahre alten Berliner namens Heinz Doering.

Verkehrsunfall

In London entgleiste ein Straßenbahnwagen und stieg um. 18 Personen wurden verletzt.

Artistentod

In Manila (Philippinen) brach der aus Dresden stammende Artist Bradow während einer Vorführung seiner Nummer „Die menschliche Kanonenkugel“ beim Niederfall ins Netz das Rückgrat und verschied nach kurzer Zeit.

„Der Dirnrichter“

Die in Dortmund erfolgte Verhaftung des Chauffeurs Pieper und des Arbeiters Schaefer, die des Raubmordes an dem Salzhändler Karawalla-Witten schuldig werden, führte zur Aufklärung von zwei weiteren Raubmorden. Schaefer konnte auch der Mittäterschaft an der Ermordung der Frau Schür aus Hamm und der Kassiererin Emma Schneider aus Hamm überführt werden. Der Dritte im Mördertrio, der Arbeiter Schulte, den keine Komplizen der „Dirnrichter“ nennen, weil er in allen Fällen die Lösung der Opfer besorgte, konnte am Mittwoch nachmittags in Geseke in Westfalen festgenommen werden. Er war auf Grund der von der Polizei beschlagnahmten Bilder erkannt worden.

Alle drei Verbrecher sind sogenannte „Verlockungsmerde“. Schaefer wählte durch Heirats- und Stellungsversuche Verlockung nach Dortmund locken und dann auf schmalen Wegen dem Schulte in die Hände liefern. Auf diese Weise wurde die Witwe Schür mit einem Teil erschlagen, die Kassiererin Schneider und der Salzhändler Karawalla wurden erschossen. Schulte an Bahnhöfen verstopfen, rechtzeitig argwöhnisch werden aber — zum Veranden zu arm erschienen.

Der Führer der Mördertrio, August Schulte, hat seinen Komplizen stets Anweisungen über ihre Verhältnisse nach der Tat gegeben: So sollte sich in kleineren Orten herumtreiben, bis die Gasse verlassen ist. Auf Schulte hat Schulte übrigens schon „über gelammert“, so wurde er im Jahre 1919 wegen des mit Schaefer verübten Raubmordes auf der Zeche Hohenmann in Hamm zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam jedoch aus und konnte erst nach drei Jahren wieder freigesetzt werden.

Wahlvorbereitungen der Partei



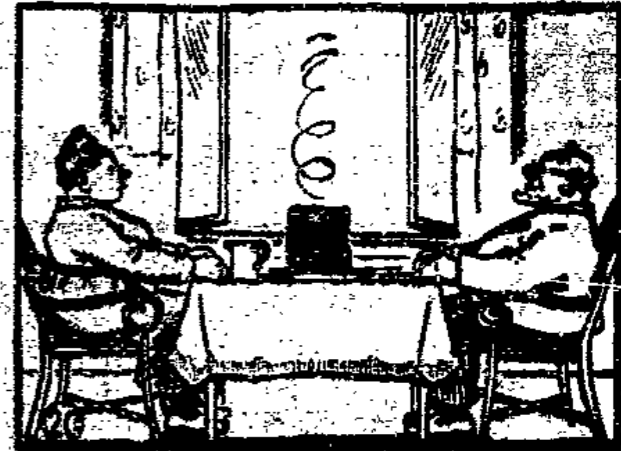
Im Propagandabüro der Sozialdemokratischen Partei herrscht jetzt vor den Reichstags- und Landtagswahlen Hochbetrieb.

Abenteuer von Hoshi Delnuß und Peter Kohlstratz

Von G. Th. Hofman



19. Hier ist gerade als ich oben ankam, flüchtete der Wind langsam über die See. In der Luft lag eine gewisse Ruhe, die den ganzen Tag nur so im Wind lag. In toller Hast wollte das leichte Wägelchen des Abends herunter, während Hoshi und Peter vor Angst um die Wette liefen.



20. Frau Schnepfe, die am Fuß des Hügels wohnte, hatte an jenem Tage gerade einen großen Haufen Speditionsarbeiten ge- haben, denn man erwartete Besuch von Verwandten. Diese hatten aber im letzten Augenblick per Drahtbericht wegen Verhinderung abgesehen. „Ja, was sollen wir nun mit all' diesen Sachen anfangen?“ fragte Frau Schnepfe, während sie mit ihrem Mann am Tisch beim offenen Fenster saß.

Krankenscheingebühr bleibt

Sie wird nur ermäßigt — Hitler hat früher völlige Abschaffung verlangt — Arzneigebühr bleibt unverändert

„Völlige Aufhebung der Krankenschein- und der Arzneigebühr“ haben die Nazis verlangt, bevor Hitler Reichkanzler wurde. Jetzt sind sie sehr behutsam geworden und preisen die angekündigte Ermäßigung der Krankenscheingebühr auf 25 Pfennig als eine große Tat. Dabei verschweigen sie, daß für die Mehrzahl der Versicherten die Gebühr bisher nicht höher war als 25 Pfennig. Bei einem Grundlohn bis zu 4 Mark täglich (Wochenlohn 24 Mark) betrug die Gebühr 25 Pfennig. Durch den neuen Kabinettsbeschluß werden also nur die Arbeiter begünstigt, deren Wochenlohn höher ist als 24 Mark. Das ist bei den heutigen Löhnen und der Kurzarbeit die Minderheit.

Die viel schlimmere Arzneigebühr wird nicht ermäßigt, obwohl sehr häufig die verschriebenen Medikamente nicht geholt werden können, weil die Kranken keine 50 Pfennig besitzen.

Um die enttäuschten Nazianhänger über die völlig unzulänglichen Maßnahmen der Hitlerregierung zu beschwichtigen, wird getribelt, daß eine gründliche Reorganisation des gesamten Krankenkassenwesens vorgenommen werden müsse, bevor eine gänzliche Aufhebung der Krankenscheingebühr erfolgen könne. Eine solche Reorganisation wird ebenfalls nur auf Kosten der Versicherten möglich sein. Die Umgestaltung der Krankenkassen und die Verminderung ihrer Betriebskosten ist nur durch eine Beseitigung der Zersplitterung des Krankenkassenwesens möglich. Das haben bisher die Unternehmer verhindert. Sie werden es unter Eugen-Berg-Papen-Hitler weiter tun.

Viel Gehör und wenig Wille, das gilt auch für die Krankenkassen-Verordnung der Hitlerregierung.

Abbau der weltlichen Schulen beschlossen

Einführung des Religionsunterrichts in die Berufsschulen

Die Preukommissare haben beschlossen, ab Oftern 1933 einen Abbau der sogenannten weltlichen Schulen in die Wege zu leiten. Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufs- und Fortbildungsschulen eingeführt wird. Die näheren Durchführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.

Die Reichspressen justiziert über diesen Beschluß und weist darauf hin, daß er von den Deutschnationalen erst wieder auf dem jüngsten Parteitag gefordert worden sei. Der Vertreter der „Arbeiterpartei“ des Herrn Hitler im Reichlichen Kultusministerium, Kuhl, hat dieser Forderung schnellstens entsprochen.

aller Staaten vorzunehmen. Hierbei müssen die Ueberseestreitkräfte, die sich in den in der Nähe des Mutterlandes befindlichen Ueberseegebieten befinden, ebenso wie die im Mutterland selbst stehenden Ueberseestreitkräfte, als Teile der Heimatstreitkräfte betrachtet werden.

Die Generalkommission beschließt daher, bevor sie sich über das Prinzip der Vereinfachung der Heeresstypen ausspricht:

- a) selbst ohne Verzögerung die Frage der Abschaffung der Offensivwaffen und die Begrenzung des zugelassenen Artillerymaterials zu regeln.
- b) das Komitee für die Personalbestände zu beauftragen, die Bestimmung zur Herabsetzung und zum Ausgleich der Streitkräfte im Sinne der Prinzipien des Hooverplans festzulegen und der Generalkommission einen Vorschlag hierüber in einem nach festzulegenden Zeitraum vorzulegen.

Der französische Beamtenstreik durchgeführt

Die Protestaktion der Pariser Beamten und städtischen Arbeiter gegen die beabsichtigten Gehaltskürzungen ist fast überall programmäßig durchgeführt worden, hat sich aber nach außen hin wenig bemerkbar gemacht. Nur bei den städtischen Verkehrsmitteln und bei der Postverwaltung hatte die Arbeitseinstellung Unannehmlichkeiten für das Publikum zur Folge.

In Paris wurden von 11 bis 11,10 Uhr alle Autobusse und elektrischen Bahnen angehalten, wodurch es an einigen Stellen zwischen Fahrpersonal und unzufriedenen Fahrgästen zu Streitigkeiten kam. In den Briefpostämtern stellten die Beamten ihren Dienst am frühen Morgen eine Stunde ein. Die Briefzustellung wurde um eine bis zwei Stunden verzögert. In einigen Postämtern wurden auch die Schalter für kurze Zeit geschlossen. Die Telegraphenbeamten streikten gegen mittag eine halbe Stunde, ebenso die Telefonistinnen in einzelnen Vertern. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung war nicht unterbrochen, da nur in wenigen Betrieben die Arbeit eingestellt wurde. Im Pariser Rathaus streikten die Beamten von 10 bis 11 Uhr. Sie versammelten sich während dieser Zeit auf dem Hof, wo non-Gewerkschaftsführern Ansprachen gehalten wurden. Eine Abordnung, die dem Präfecten ein Protestschreiben überreichen wollte, wurde von diesem nicht empfangen. In der Zentrale der französischen Sparkassen, in der über 600 Beamte tätig sind, wurde der Dienst von 11 bis 12 Uhr unterbrochen. In den Volksschulen begann der Unterricht am Nachmittag eine halbe Stunde später. In der Provinz wurden die gleichen Maßnahmen durchgeführt. Zwischenfälle wurden bisher nicht gemeldet.

Polen und das Hitler-Kabinett

Im Auswärtigen Sejmusschuh begann am Mittwoch die Debatte über das außenpolitische Exposé des Außenministers Bed.

Der Vorsitzende des Ausschusses und Regierungsanhänger Fürst Radziwil erklärte, daß die Uebernahme der Kanzlerschaft durch Hitler als günstig für Polen gewertet werden müsse. Die brutale, aber deutliche Politik Hitlers sei der Politik Stresemanns vorzuziehen. Die Machtergreifung durch Hitler sei kein Beweis für sein Genie, sondern ein Beweis für den Zerfall Deutschlands. Diese Ansicht werde auch von anderen nicht-polnischen Politikern geteilt. Man könne nicht daran zweifeln, daß das Londoner Interwiew Hitlers echt gewesen sei und die späteren Dementis nur einen maskierten Rückzug darstellten. Wenn Deutschland die Forderung Hitlers nach Kolonien zu verwirklichen suche, dann werde auch Polen ähnliche Ansprüche erheben.

Die oppositionellen Redner betonten übereinstimmend, daß die Wendung in der deutschen Außenpolitik einen festeren Zusammenhang des gesamten polnischen Volkes erfordere und daß jeder Angriff auf die polnischen Grenzen einmütig zurückgewiesen werde. Die politische Lage in Europa wurde allgemein als sehr ernst bezeichnet.

Wieder Mordtat eines Nazimannes

Nazimann erschießt SPD-Flugblattverteiler

Am Mittwoch mittag wurde in Berlin der 26jährige Arbeitslose Kurt Gottschalk von einem Nationalsozialisten ermordet.

Gottschalk verteilte sozialdemokratische Flugblätter, als er von dem Nationalsozialisten angefallen wurde. Der Nationalsozialist entriegelte ihm die Flugblätter und versuchte dann zu flüchten. Als ihm Gottschalk nachsetzte, wurde er von dem Nationalsozialisten durch einen Schuß tödlich verwundet. Der Nationalsozialist gab dann noch vier bis fünf Schüsse auf Passanten ab. Polizeibeamte nahmen ihn schließlich fest. Gottschalk ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus den schweren Verletzungen erlegen.

Goering muß bremsen

So, so? Es gibt minderwertige Elemente in der SA.

Die Sprengung einer Kreiskamer Versammlung ist nach amtlichen Mitteilungen angeblich auf Kommunisten zurückzuführen, die sich als SA-Leute verkleidet hatten. Im Sinne dieser Behauptung hat Herr Goering an die SA, die SS, und den Stahlhelm einen Aufruf gerichtet, in dem er sie auffordert, „minderwertige Elemente“ aus ihren Reihen zu entfernen.

Dieser Aufruf hat in Kreisen des Stahlhelms größtes Erstaunen hervorgerufen. Man bestreitet, daß der Stahlhelm „minderwertigen Elementen“ Zuflucht bietet und versichert, daß das diskriminierende Verhalten der Stahlhelmtaten über alle Kritik erhaben sei.

Folgen des Goering-Erlasses

Landrat beurlaubt, weil er Hildering-Versammlung leitete Köln, 23. Februar. (Eigener Fundbericht.)

Der Landrat des Rhein-Wupper-Kreises, Trimborn, ist durch eine Verfügung des Reichskommissars für das Preussische Innenministerium mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden, weil er eine sozialdemokratische Versammlung in Opladen, in der Hildering reden sollte, gegen den Terror der Nazis pflichtgemäß leitete.

Das paßt!

Braunschweig, 22. Februar. (Eig. Draht.)

Vom Gebäude der Polizeikaserne in Braunschweig wehte am Mittwoch eine Falkenkreuzfahne. Unter der Falkenkreuzfahne war noch eine schwarzweißrote Flagge angebracht. Die Ursache ist unbekannt.

Neuer deutscher Antrag in Genf

Genf, 22. Februar. (Eigener Fundbericht.)

Der deutsche Botschafterlegierte für Abrüstungskonferenzen, Botschafter Radolny, übermittelte am Mittwoch dem Kommandanten der Kanonen nach eingehender Behandlung einen „Antrag“, in dem von Deutschland als Zielsetzung der Generalkommission folgendes gefordert wird: daß nur eine „Schwache“ Generation mit einem System der „Schwäche“ vereinbar ist, daß es um den Heeren einen Defensivcharakter zu geben, in erster Linie erforderlich ist, diesen die Angriffsmittel durch Abschaffung der Waffen mit besonderen Offensivcharakter zu nehmen (schwere Artillerie, Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Verbot des Bombardements) und für jede Armee die Menge an zugelassenem Artillerymaterial festzulegen, daß es für die Schaffung eines „Schwachen“ Systems außer dem erforderlich ist, eine „Schwache“ Generation der Streitkräfte der Kraft gestärkter Staaten und einen Ausgleich der Streitkräfte

Sie müssen es ja wissen:

Die Nazi fälschen und lügen

Siehe einige Beweise:

1. Die im „Angriff“ vom 20. Oktober 1932 (1. Ausgabe) veröffentlichte

gerissene Mitgliedsliste

war eine Fälschung, denn diese Mitgliedsliste hatte bereits am 24. Dezember 1930 ihre Gültigkeit verloren, und die Inhaber dieser Karte, eine Gräfin Orde von Loz und Leowanna, ist in Dörsdorf seit 2 Jahren eine bekannte Nazi-Anhängerin.

2. Die nach weiteren acht Tagen in der Nummer vom 28. Oktober 1932 des „Angriff“ veröffentlichte „gerissene“ Mitgliedsliste ist ebenfalls eine Fälschung, denn es handelt sich um eine unter Verkleidung solcher Personen besorgte Ersatzkarte. Diese wurde von dem minderjährigen Sohn des erwähnten Inhabers ohne dessen Wissen gefälscht.

3. Die NSDAP verbreitet ein angebliches Rundschreiben des „Centralvereins deutscher Staatsbürger süddeutscher Abstammung“,

das mit der Aufforderung schließt, deutschnational zu wählen.

In einer eideschwörenden Erklärung des „Centralvereins“ wird dieses Schreiben als eine Fälschung bezeichnet. Die Fälschung geht auch deutlich aus dem Briefkopf hervor, der die Telefonnummer H 2 Oliva 574 trägt, während die richtige Nummer 12 Oliva 5074 ist. Die Fälschung ist offenbar in München hergestellt worden, denn die Anrede des Briefkopfes entspricht dem Briefkopf des Landesverbandes München des „Centralvereins“.

4. Am 20. Oktober 1932 fand in Berlin im Domhofstr. 10, 17 Uhr eine nationalsozialistische Betriebszellenversammlung der Maggenwerke statt. In dieser Versammlung behauptete ein Dr. Huber, falsifiziertes Briefe von Dr. Eugen-Berg in der Hand zu haben, die angelegentlich Dr. Eugen-Berg zu fälschen und freimaurerischen bewiesen. Im Jahre 1917 sei Eugen-Berg im Auftrag von Freimaurern in Genf gewesen, um das damalige Friedensangebot zu hinterziehen. Auf einen Zufall aus der Versammlung, warum dies Material nicht veröffentlicht wurde, erwiderte der Redner, daß die Nationalsozialisten kurz vor der Wahl mit diesem Material gegen Dr. Eugen-Berg herauskommen würden.

Diese Behauptungen sind ein plumper Wahlschwindel. Die Aussagen sind unmittelbar vor der Wahl nur zu dem Zwecke gemacht, eine beweiskräftige Widerlegung zu verhindern. Diese schamlose Methode richtet sich von selbst.

Aus einer Anzahl von boshaften Lügen und niederträchtigen Verleumdungen sind diese nur ein kleiner Auszug. Weitere solcher Lügen sind tagtäglich in der nationalsozialistischen Presse zu lesen.

Je näher der Wahltag herankommt, desto faulstidiger werden die Lügen, desto niederträchtiger werden die Verleumdungen!

Glaubt ihnen nicht!

Denn: Mit diesen verdrehten Kompfmitteln versuchen sie über Ihren geistigen und politischen Stand zu hinwegzuführen! Wie aber kämpfen unter den Farben: Schwarz-Weiß-Rot und mit der Fackel!

Nichts für uns - Alles für Deutschland!

Wählt Deutschnational Liste 5

Wahl der Deutschnationalen Schriftvertriebsstelle G. u. L. D. Berlin NW 7, Nr. 22. Druck von Oswald Goebel G. u. L. D. Berlin SW 68.

So sahen deutschnationale Flugblätter vor 3 Monaten aus.

Heute sind die Hugenberger mit den Führern einer Partei verbündet, der sie boshafte Lügen, Fälschungen und niederträchtige Verleumdungen vorgeworfen haben.

Das ist das neue System, die „nationale Konzentration“.

Daher Antwort!

Ich wähle Sozialdemokraten

LISTE 2

Grundlinien der Kulturreaktion

In seiner Rede im Preussischen Landtag am 18. Januar...

Die Kulturreaktion ist uns keine isolierte Erscheinung...

Die wenigen Wochen, die seit dieser Rede verstrichen sind...

Welches Ziel verfolgen die Nationalsozialisten bei diesem Vorhaben?...

Damit das deutsche Volk wieder in Freiheit an der Erziehung...

Die nationalsozialistischen Regierungspartner des Herrn von Papen...

Wir kämpfen gegen die Entartung durch den Liberalismus und Marxismus...

Wenn Herr Ruff nach anderen Pressemeldungen bei dieser Gelegenheit...

Der Dichter der „Sklavenlieder“

(Zum 25. Todestag Sotoplat Cech.)

Als am 23. Februar 1908 der zweiundsechzigjährige tschechische Dichter...

Sklavenfesseln. Bis der Jörn von Millionen entbrennen wird...

Sotoplat Cech, von Beruf Advokaturlerstuzer, später Journalist...

Die Poesie Sotoplats Cechs gehört einer vergangenen Epoche an...

Film-Gefahr

(SK) Mit nicht zu überbietender Rückständigkeit haben die neuen Herren...

Dabei fällt noch besonders ins Gewicht, daß das größte Filmunternehmen...

Die Trabantent Hugenbergs suchen dies natürlich gebührend aus...

Tritt bei den Spielfilmen die nationalisierungsreaktionäre Tendenz ein...

Immerhin liegt beim Film die Möglichkeit einer Arbeit dieser Propaganda...

Ganz anders als heute...

Kinderstreiche in der Bergeglückseligkeitsliste

Wer mag es leugnen: Wir sind sehr vergesslich, und was uns nicht paßt...

Ganz, ganz heimlich, und grad' nur für uns, geben wir es ja gelegentlich...

Ja, die Bergeglückseligkeit! Sie weiß nichts mehr davon, daß in unserer Zeit...

Aber wenn wir noch so über die Kinder von heute schimpfen, so bleibt es dennoch wahr...

Hand aufs Herz! Freuten wir uns diebstlich, wenn uns ein Streich über Erwarten...

Und was es nicht ist ob seiner Gefährlichkeit besonders lieblich Spaß...

Heute treiben die Kinder das, was wir vor Jahrzehnten trieben...

Maier geht zum Alpenball

Von einem aus dem Süden stammenden Bekannten erhielt mein Freund Maier...

Energisch wie er ist, stürzte Maier sich auf die Vorbereitungen...

Nun trainierte Maier auf den Alpenball. Das heißt, er zog seine „Kluft“ an...

„Schade“, sagte ich, „lieber Freund, daß du vom jüdischen Dialekt keine Ahnung hast!...

„Caesar Maier lächelte. „So schau wie du“, sagte er, „bin ich allemal auch noch...“

„Wie willst du das machen?“ Caesar Maier präsentierte mir ein Papier...

Komplimente für die Herren: Damischer Pudel, Kammel, Depp, rarrischer, Langharter Trottel...

„Dullich!“ rief Caesar Maier und sprang von einem Bein auf das andere...

Vor acht Tagen ging er auf den Alpenball. Gehtern wurde er aus dem Krankenhaus entlassen...

Nach dem Sturz der Diktatur

Arbeit von 17 Monaten - nicht von Vierjahresplänen

In Deutschland gibt es zurzeit gewiss eine Menge sehr kluger Leute, die fest davon überzeugt sind, die Demokratie habe abgewirkt...

Nach ist nicht ganz Europa dem Irrglauben an die Gewalt verfallen, ja es gibt sogar Länder, die sich von der Diktatur wieder losgesagt haben...

Die spanische Republik kann sich mit ihrer sozialen Arbeit, die sie seit dem Frühjahr 1931 geleistet hat, sehr wohl sehen lassen...

Wenn die spanischen Sozialisten und Republikaner in der sozialpolitischen Gesetzgebung offenbar bei uns in die Lehre gegangen sind...

damit zugleich ein mit der Republik auf Gedeih und Verderb verbundenes Bauerntum schafft. Die spanische Republik hat die Arbeitslosigkeit eingedämmt und zurückgedrängt...

Da die spanische Sozialgesetzgebung bei dem Sturz der Diktatur noch völlig unentwirrt war, zum guten Teil nur auf dem Papier stand...

Schon der Aufbau des Arbeitsministeriums verrät den erfahrenen Gewerkschafter. Das Arbeitsministerium ist in Spanien nicht eine Zentralbehörde...

Eine gigantische Arbeit ist geleistet worden inmitten außerordentlicher Schwierigkeiten, trotz konterrevolutionärer Wutstöße...

Kronen Markt. Dieser Ueberschuss ist im Januar 1932 auf 250.000 Mark gefallen. Im Januar 1932 betrug die Kursumsatz von Lebensmitteln 62.000 Mark...

Müssen Kranke Arbeitslosen-Versicherungsbeiträge zahlen?

Am 9. November 1932 entschied das Reichsversicherungsamt, daß arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeitnehmer auch für Krankheitszeiten beitragspflichtig sind...

Die Reichsanstalt erklärte inwieweit in einem neuen Erlaß vom 18. Januar 1933, daß sie nichts dagegen einwende, wenn die Beiträge und die Abgaben nur im Falle des Weiterbezuges von Gehalt oder Lohn während der Krankheitszeit eingefordert werden...

Erfreulicherweise sind diesmal alle Beteiligten: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Krankenkassen und wohl auch die Reichsanstalt selbst von der Unmöglichkeit der Entscheidung...

Die Krankenkassen sollen reformiert werden

Die Reichsregierung will eine große Krankenkassenreform durchföhren. Ein besonderer Kommissar soll sie vorbereiten. Über die Persönlichkeit des Kommissars ist noch nichts bekannt...

Unerschämtheiten der Breslauer Rüdchenermeister

Sie fordern 15 bis 40 Prozent Lohnabbau! Allen Lohnabbauforderungen, die die Arbeitgeber in der letzten Zeit vor den Breslauer Schlichtungsämtern gestellt haben, hat nunmehr der Reichsverband Deutscher Rüdchener die Krone aufgesetzt...

Antlicher Bericht des Breslauer Schlachtwiechmarthes

Table with columns for categories (Kinder, Rüdcher, Schafe, Schweine) and sub-categories (a, b, c, d) with corresponding counts and percentages.

Die Werte sind statistisch im letzten Programm über den Schlachtwiechmarkt in Breslau abgedruckt...

Nationalsozialisten!

Wie steht ihr zu euren Forderungen?

Wann werden die Banken, wann wird das raffende Kapital enteignet?

Als Papen 2 Wochen Kanzler war...

Am 1. Juni 1932 ist Herr von Papen zum Reichskanzler ernannt worden. Zwei Wochen später, am 14. Juni 1932, erließ er eine große Notverordnung...

900 Millionen Mark eingespart wurden. 5 Mark wurden den Invalidentrentnern von ihrer Monatsrente gestrichen...

Die Arbeitslosenunterstützung wurde bis zu 23 Prozent gesenkt. Die Arbeitslosenversicherung wurde abgebaut. Der Unterhaltungsanspruch wurde auf sechs Wochen verkürzt...

Die Renten der Kriegsveteranen wurden bis zu 20 Prozent gekürzt. Das Pfand Geld wurde mit einer Steuer von 8 Pfennigen belegt. Die kleinen Gewerbetreibenden, die bis zu 3000 Mark Umsatz keine Umsatzsteuer bezahlen konnten...

Das alles geschah, als von Papen zwei Wochen Kanzler war!

Als Hitler 2 Wochen Kanzler war...

Am 18. Januar 1933 wurde der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Am 12. Februar wurde zwei Wochen Hitler-Regierung an. Was ist in diesen zwei Wochen zur Befestigung des Kapitalismus während der Kanzlerschaft Papens getan worden? Nichts.

Einige Neben wurden doppelt und dreifach durch die Welt geknallt.

Kann werden die 900 Millionen, die bei von den Nazis beschlagnahmte Reichskanzler von Papen eingespart hat, nicht wieder von der so einflussreichen 'Reichsregierung' an die Banken, Kriegsveteranen und Arbeitslosen abgegeben? Wenn nicht, 80 Prozent Rentenentziehung, 20 Prozent Minderungs...

Wie steht die Befestigung der Papen-Notverordnung, dann würde

sch allerdings ein eigenartiges Bild ergeben. Dann wären nämlich der Herr Reichskanzler Hitler und der Herr Reichskanzler von Papen einig darüber, daß die Notverordnung des vorherigen Herrn Reichskanzlers von Papen entragbar ist.

Da aber der Reichskanzler a. D. von Papen und der gegenwärtige Reichskanzler von Hitler ein und dieselbe Person sind, ist kann zu erwarten, daß der Sozialabbau der Papennotverordnung aufgehoben wird.

Vielleicht wird es hier und da eine Zeilung geben, die den Kernpunkt nur zu wünschen ist. Aber diese Verbesserung wird jeder als Wahlspiel zu werten verstehen.

Die von der Papen-Notverordnung Betroffenen fordern aber zuplösen Abbau der ungeliebten Notverordnung!

Die Nationalsozialisten hoffen ja, wie es ihnen versprochen wurde, jeher noch auf die radikale Befestigung der Weimarer Verordnungen, wenn sie nicht im Laufe der Zeit hinfällig werden sollten.

Wir wollen uns aber zunächst damit begnügen, daß Herr Reichskanzler Papen mitteilt, die Notverordnungen des Reichskanzlers von Papen anzuhängen!

Zwei Wochen Hitler-Regierung haben bisher nicht befestigt, was zwei Wochen Papen-Regierung dem Kernpunkt verordnet.

Wir fragen:

Ist das von den Nazis so bekämpfte Papen-System das gleiche, wie das so viel versprechende Hitler-System?

Die schwebende Schuld des Reiches

Im Ende Dezember 1932 bis Ende Januar 1933 von 183,2 Millionen Mark auf 190,3 Millionen Mark gestiegen. Das Defizit stellt das Reich in der Hauptfrage durch Ausgabe von Staatsanleihen ab. Mit der Erhebung der schwebenden Schuld ist der Abbau an Staatsanleihen von 90 Millionen auf 100 Millionen Mark gestiegen.

Der Stützpunkt des deutschen Substratwarenexportes

zeigt sich deutlich im Sachwarenhandel. Deutschland erzielte im Vergleich im Januar 1931 durch Verkauf von Sachwaren nach dem Auslande einen Ueberschuss von rund 1,2 Mill.

